

WOLFGANG KNAPP/PETER RÖDER

Regionale Anteile an der Vergabe öffentlicher Bauaufträge

1. Die Verteilung „raumwirksamer“ monetärer Mittel

Die Erkenntnis, daß die Summe der öffentlichen Aktivitäten, insbesondere der mittels Finanzströmen ausgeübten, einzelne Teilräume nicht in gleicher Weise „betrifft“, daß über den aus diesen öffentlichen Aktivitäten resultierenden positiven oder negativen Wirkungssaldo und dessen raumstrukturelles Gewicht jedoch nichts oder nur wenig bekannt war, hat neuerdings dazu geführt, daß den privaten die Raumstruktur bedingenden Faktoren verstärkt auch die öffentlich determinierten Einflußgrößen gegenübergestellt werden. Mit der wachsenden Aufmerksamkeit für Einflüsse der „unbewußten Raumordnungspolitik“ auf raumordnungspolitische Ziele, insbesondere für die sich daraus ergebende Gefahr, daß die „bewußte“ und die „unbewußte Raumordnungspolitik“ in Konflikt geraten und sich gegenseitig in ihrer Effizienz beeinträchtigen können, beschleunigte sich dieser Prozeß des Umdenkens.

Zentraler Ansatzpunkt für die Untersuchung regionaler Verteilungswirkungen öffentlicher Finanzströme ist die (auf

Wirkungshypothesen abgestützte) Vorstellung, daß einfließende Ströme tendenziell einen Vorteil, abfließende Ströme dagegen einen Nachteil für die in einer Region ansässigen Bewohner und Unternehmen darstellen. Unter Herstellung des Bezugs zu unterstellten Zielen sollen Vor- bzw. Nachteile durch zeitlichen und/oder räumlichen Vergleich „gemessen“ werden. Je nach Reichweite der Verfolgung der durch öffentliche Finanzströme ausgelösten Wirkungen verändern sich dabei die Anknüpfungspunkte für die Bestimmung der regionalen Verteilungswirkungen (Zahlungsinzidenz, formale Inzidenz, Inzidenz der Fortwirkungen, Inzidenz öffentlichen Realtransfers)¹. Grundlage für die weitergehenden Analysestufen ist aber die Ermittlung der regionalen Zahlungsverteilung (Zahlungsinzidenz), wobei zahlreiche Finanzströme wegen systematischer Zuordnungsfehler korrigiert werden müssen (korrigierte Zahlungsinzidenz).

1 Vgl. Zimmermann, H.: Regionale Inzidenz öffentlicher Finanzströme – Methodische Probleme einer zusammenfassenden Analyse für einzelne Regionen. – Baden-Baden 1981, S. 57 ff.

Beispielsweise können Steuern aus erhebungstechnischen Gründen regional anders als nach der regionalen Steuerleistung der Zensiten gezahlt werden. Im Zusammenhang mit der Ermittlung der Verteilung der Personalausgaben ergibt sich ein Korrekturbedarf immer dann, wenn die kontoführende bzw. auszahlende Region (Dienstort) mit der Wohnregion der Empfänger nicht identisch ist. Die regionale Verteilung von Subventionszahlungen kann insofern verzerrt sein, als man sich bei deren Auszahlung häufig gewisser Zwischeninstanzen (z. B. der Landwirtschaftskammern) bedient, die in einer anderen Region ansässig sein können als der nicht erfaßte letztliche Subventionsempfänger. Schließlich kann auch die Verteilung der Ausgaben nach dem Investitionsort von der Zahlungsverteilung nach dem Betriebssitz der Auftragnehmer abweichen und diese wiederum durch Weiterleitung von Teilen des Auftragswertes an regionsexterne Nachunternehmer oder Zweigwerke des Hauptunternehmers verfälscht sein, da diese Teilsummen im regionsinternen Unternehmen nur einen durchlaufenden Posten bilden. Auf diesen Bereich, d. h. auf die Probleme der Ermittlung der regionalen Verteilung staatlicher Investitionsausgaben, genauer staatlicher Bauaufträge, beschränken sich die weiteren Ausführungen². Anhand vorliegender empirischer Untersuchungen und eigener Untersuchungen für das Land Nordrhein-Westfalen sollen Möglichkeiten der Korrektur systematischer Zuordnungsfehler für eine korrekte (vorläufige) Interpretation, der regionalen Zahlungsverteilung öffentlicher Bauaufträge dargestellt und erörtert und Ergebnisse zur räumlichen Verteilung von öffentlichen Auftragsvergaben mitgeteilt werden.

In welchem Umfang Aufträge an regionsexterne Baubetriebe, Nachunternehmer oder regionsexterne Zweigwerke eines regionsinternen Unternehmens vergeben werden und damit Zahlungsströme aus der Region abfließen, hängt u. a. von der Art und dem Umfang der Bauaufträge, die in quantitativer, qualitativer und zeitlicher Hinsicht oft nur von einem Teil der bauausführenden Wirtschaft zu erfüllende Anforderungen stellen, von der Kapazität größerer Baufirmen, die oftmals im Nahbereich nicht die zu ihrer Betriebsgröße passenden Aufträge finden und sich allein aus Kostengesichtspunkten an überregionalen Ausschreibungen beteiligen, von der jeweiligen konjunkturellen Lage, in der sich die Bauwirtschaft insgesamt befindet³, und der Vergabepraxis (z. B. Vergabe nach VOB, freihändige Vergabe) ab. Statistische Informationen über Reichweiten der Baufirmen, die den Baumarkt in regionaler Hinsicht transparenter machen könnten und die Korrektur der Zahlungsverteilung (nach Investitionsorten) um abfließende Auftragswerte ermöglichen, konnten bisher von der

amtlichen Statistik nicht zur Verfügung gestellt werden⁴. Eine neuerdings vorliegende Sonderauswertung der sowohl den Betriebssitz der Baufirma in tiefer regionaler Gliederung als auch die Lage der Baustellen, auf die sich der gemeldete Auftragsbestand verteilt, erfassenden Auftragsbestandsstatistik im Bauhauptgewerbe Ende Juni liefert zwar durch entsprechende Umsortierung dieser Angaben Auskünfte über den Auftragsbestand nach Bauarten in der Gliederung nach Baustellen und darüber hinaus durch Kombination beider Nachweise über die regionale Streuung der Aufträge und erweitert damit das Angebot an regionalen Daten⁵, gibt aber zunächst nur eine Momentaufnahme der regionalen Streuung der Aufträge wieder. Solange Aufbereitungen dieser Art noch nicht in gewissen Zeitabständen wiederholt werden konnten, müssen deshalb für zeitraumbezogene Untersuchungen von plausiblen Hypothesen ausgehend mehr oder weniger umfangreiche eigene empirische Erhebungen zur Ermittlung von (Auftrags-) Abflußquoten durchgeführt werden.

2. Ansätze zur Ermittlung der räumlichen Verteilung öffentlicher Bauaufträge

2.1 Regionale Umsatzverteilung im Bauhauptgewerbe

Erste Anhaltspunkte liefern die Ergebnisse der im Rahmen des Ifo-Konjunkturtests regelmäßig durchgeführten Befragungen zur regionalen Umsatzverteilung im Bauhauptgewerbe⁶. Danach haben die Unternehmen des Bauhauptgewerbes im Durchschnitt der vergangenen Jahre über 60 v. H. ihres mit öffentlichen und privaten Aufträgen erzielten Umsatzes in ihrem engsten Einzugsbereich, nämlich im eigenen Stadt- oder Landkreis, erwirtschaftet (vgl. Tabelle 1). Unter Berücksichtigung eines Umsatzanteils von rd. 30 v. H., der zwar auf andere Kreise, jedoch auf das eigene Bundesland entfällt, verbleibt nur knapp ein Zehntel des Umsatzes, der in größerer Entfernung vom Stammsitz der Firmen, also in anderen Bundesländern oder im Ausland erzielt wurde.

Die Aufschlüsselung nach Betriebsgrößenklassen zeigt, daß vor allem der Aktionsradius kleinerer Unternehmen sehr gering ist. Sie erzielten knapp 80 v. H. ihres Umsatzes innerhalb ihres eigenen Stadt- und Landkreises (vgl. Tabelle 2). Von den Großunternehmen wurden dagegen rund zwei Drittel ihres Umsatzes außerhalb des eigenen Stadt- oder Landkreises getätigt, wobei das Schwergewicht der Bautätigkeit allerdings auch hier im eigenen Bundesland lag.

Zurückzuführen ist der relativ geringe räumliche Wirkungsbereich der Bauunternehmen zunächst einmal auf die kleinbetriebliche Struktur der Bauwirtschaft – rd. 95 v. H. der Unternehmen des Bauhauptgewerbes haben weniger als 100

2 Vgl. dazu Knapp, W.: Räumliche Verteilungswirkungen öffentlicher Finanzströme – Methodische und empirische Probleme. Dortmund 1982 (unveröffentlichtes Manuskript).

3 Die Bedeutung der jeweiligen konjunkturellen Situation, in der sich die Bauwirtschaft insgesamt befindet, für den Aktionsradius der Firmen zeigt sich daran, daß die Bauunternehmen in den vergangenen Jahren der Rezession, um überhaupt am Markt bestehen zu können, immer wieder Bauaufträge annehmen mußten, die weit über ihren normalen regionalen Wirkungsbereich hinausgingen. Vgl. Hoffmann, U.: Regionaler Wirkungsbereich der Betriebe im Baugewerbe. Auswertung der Auftragsbestandsstatistik Ende Juni 1979. In: Wirtschaft und Statistik H. 6/1980, S. 370.

4 Die kurzfristigen und jährlichen Erhebungen in der Bauwirtschaft setzen ausnahmslos beim Sitz der Betriebe bzw. Unternehmen an. In der Bautätigkeitsstatistik wird bei den Baugenehmigungen und den Baufertigstellungen zwar auch die Lage der Baustelle nach Gemeinde, Straße und Hausnummer festgehalten, aber nicht der Bezug zur bauausführenden Wirtschaft hergestellt.

5 Vgl. Hoffmann, U.: a.a.O., S. 370 ff.

6 Vgl. Söffner, F.: Kleiner Aktionsradius der Bauunternehmen. In: Ifo-Schnelldienst 15/1979, S. 3 f.

Tabelle 1:
Regionale Umsatzverteilung im Bauhauptgewerbe in v. H.

Jahr	Vom Gesamtumsatz wurden ... % erzielt			
	im eigenen Stadt- oder Landkreis	in anderen Kreisen, aber im eigenen Bundesland	in anderen Bundesländern	im Ausland
1971	69	27	4	—
1972	66	23	10	1
1973	56	31	12	1
1974	60	30	9	1
1975	61	30	8	1
1976	64	27	8	1
1977	60	31	7	2
1978	59	31	7	3
Durchschnitt 1971–1978	62	29	8	1

Quelle: Ifo-Konjunkturtest

Tabelle 2:
Regionale Umsatzverteilung im Bauhauptgewerbe 1978 nach Betriebsgrößenklassen in v. H.

Betriebsgrößenklasse	Vom Gesamtumsatz wurden ... % erzielt			
	im eigenen Stadt- oder Landkreis	in anderen Kreisen, aber im eigenen Bundesland	in anderen Bundesländern	im Ausland
weniger als 100 Beschäftigte	79	19	2	—
100–500 Beschäftigte	58	32	7	2
mehr als 500 Beschäftigte	33	54	9	4
Betriebe insgesamt	59	31	7	3

Quelle: Ifo-Konjunkturtest

Beschäftigte. Hinzu kommt, daß die Versorgung der Baustellen mit Personal, Maschinen und Baustoffen mit beträchtlichen Kosten und Ausfallzeiten verbunden ist, die mit wachsender Entfernung der Baustellen zunehmen. Schließlich können auch die Bindungen der Bauarbeiter an ihren Heimatort ein gewisses Hindernis für eine großräumige Produktionstätigkeit darstellen.

2.2 Räumliche Verteilungen von Auftragsvergaben für Neu- und Ausbauinvestitionen (Fallbeispiele)

Angaben über die regionale Verteilung von Auftragsvergaben, über regionale Auftragsbindung und Abflußquoten liegen z. Z. nur für Teilräume und bestimmte Maßnahmengruppen vor⁷. Darüber hinaus kann auf eine relativ grobe Analyse

der regionalwirtschaftlichen Auswirkungen der Ausgaben der TH Aachen für 1973 und 1974⁸ sowie eine ältere Untersuchung über Wirkungen der Zonenrandförderung zurückgegriffen werden⁹. Die vorliegenden Ergebnisse dürften insgesamt aber kaum vergleichbar und auf andere Räume übertragbar sein, da die untersuchten Raumeinheiten unterschiedlich groß und strukturiert sind, verschiedene Zeiträume erfaßt wurden und nur Ausgaben für bestimmte Sachgebiete und Maßnahmenbereiche untersucht wurden (vgl. Tabelle 3). So schwankt z. B. der Anteil der innerhalb der jeweiligen Raumeinheit vergebenen Aufträge zwischen 13 v. H. (geförderte Investitionen der gewerblichen Wirtschaft i. d. R. Zonenrandförderung) und 94 v. H. (Bundesfernstraßenbau im Saarland,

⁷ Vgl. Mittelfristiges Forschungsprogramm BMBau „Analyse der raumordnungspolitischen Effekte der wesentlichen raumwirksamen Maßnahmen des Bundes“.

⁸ Brösse, U. u. a.: Die regionalwirtschaftlichen Auswirkungen der Ausgaben der Technischen Hochschule Aachen. In: Information zur Raumentwicklung, Bonn (1977), H. 3/4, S. 283 ff.

⁹ Nuppmann, H.: Wirkungen der Zonenrandförderung, Veröffentlichungen des HWWA-Institut für Wirtschaftsförderung, Hamburg 1974, S. 257 ff.

Gebietseinheit 26). Die Ursachen für diese erheblichen Unterschiede in den räumlichen Vergabestrukturen sind nur schwer nachvollziehbar. Beim untersuchten Bundesfernstraßenbau im Saarland sind als wesentliche Einflußfaktoren die unterschiedliche Ausstattung der jeweiligen Raumeinheit mit Unternehmen des Bauhauptgewerbes, die räumliche Lage zu angrenzenden Raumeinheiten (z. B. Grenzlage) und die Entfernung zwischen Betriebssitz des Auftragnehmers und der Baustelle zu nennen. Die relativ hohe regionale Auftragsbindung bei Bauinvestitionen im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung von 73,8 v. H. im Aktionsraum Saarland/Westpfalz wird auf die breite regionale Streuung des Bauhauptgewerbes und auf Transport- und Kostengründe (Entfernung zur Baustelle) zurückgeführt. Im untersuchten Hochschulbau Kaiserslautern war die Vergabe der Bauleistungen an zwei Generalunternehmen und deren unterschiedliche Weitergabe an Subunternehmer maßgebend für die regionale Vergabestruktur. Bei den untersuchten Fremdenverkehrsinvestitionen im Bayerischen Wald und an der Ostsee hing die regionale Auf-

tragsbindung wesentlich von der Größe der Objekte ab. Großprojekte (Ferienzentren, Großhotels) wurden überwiegend von Generalunternehmen außerhalb der Region ausgeführt. Die Investitionen der mittelständischen Fremdenverkehrsbetriebe wurden überwiegend an Unternehmen der untersuchten Region vergeben. Diese Beispiele zeigen außerdem, daß die Ergebnisse von Fallstudien i. d. R. nur auf den jeweiligen regional und zeitlich abgegrenzten Maßnahmenbereich zutreffen und somit ihre Aussagen – wenn überhaupt – nur mit erheblichen Einschränkungen verallgemeinert werden können.

2.3 Hypothesen zur regionalen Verteilung öffentlicher Aufträge und Auftragssummen

Da die für die Zahlungsverteilung in Einzelfallstudien empirisch ermittelten Ergebnisse für einzelne Hoch- und Tiefbaumaßnahmen im Hinblick auf die Anteile der regionalen Unternehmer an der Bausumme in starkem Maße variieren, bau-

Tabelle 3:
Räumliche Verteilung von Auftragsvergaben für Neu- und Ausbauinvestitionen (Fallbeispiele)

Art der Ausgabe/Sachgebiet	Raumeinheit (RE)	Erfaste Ausgaben-/Auftragssumme in TDM	Zeitraum	davon vergeben an Unternehmen					
				innerhalb d. RE		angrenzender RE		außerhalb d. RE	
				absolut	%	absolut	%	absolut	%
Universität Kaiserslautern	Planungsregion Westpfalz	78.000	1970/75	25.400	33	–	–	52.600	67
Universität Aachen	Stadt und Kreis Aachen	29.778	1973	7.450	25	–	–	22.328	75
Universität Bayreuth (große Baumaßnahmen)	Region Oberfranken-Ost	29.877	1978	13.377	44,8	–	–	16.500	55,2
Bundesfernstraßenbau	Gebietseinheit 26 (Saarbrücken)	52.246	1966/76	49.133	94	676 (Planungsregion 27,28) 23.764 19,2 (Planungsregion 26,28)	1,3	2.437	4,7
Bundesfernstraßenbau	Gebietseinheit 27 (Westpfalz)	123.942	1964/73	80.138	64,6			20.040	16,2
Bundesfernstraßenbau	Gebietseinheit 28 (Vorder-, Südpfalz, Unterer Neckar)	166.276	1967/74	44.305	26,6			52.390	31,5
Regionale Wirtschaftsförderung (Bauinvestitionen der Betriebe)	Aktionsraum Saarland/ Westpfalz	74.017	1970/76	54.625	73,6	–	–	19.392	26,2
Regionale Förderung des Fremdenverkehrs (geförderte Investitionen der Betriebe) davon: Investitionen der mittelständischen Fremdenverkehrsbetriebe	Aktionsräume Holstein, Ostbayerisches Fördergebiet Oberbayer.-Schwäbisches Fördergebiet, zusammen	164.255	1974/75	50.919	31	–	–	113.336	69
	Holstein,	9.780		6.944	71	–	–	2.836	29
	Ostbayer. Fördergebiet	16.897		11.828	70	–	–	5.069	30
	Ostbayer.-Schwäbisches Fördergebiet	13.278		10.224	77	–	–	3.054	23
Zonenrandförderung geförderte Investitionen der gewerblichen Wirtschaft Begünstigte Infrastrukturinvestitionen	Landkreis Lüchow/ Dannenberg	75.944	1968/72	9.760	12,9	3.051 (angrenzende Kreise)	4	63.132	83,1
	Landkreis Lüchow/ Dannenberg	27.112	1968/72	20.753	76,6			3.099	11,4

Quellen:
Engelbrech, G. u. a.: Regionale Wirkungen von Hochschulen, Schriftenreihe „Raumordnung“ des BMBau, 06.025, Bonn 1978, S. 114 ff.; Kurth, H. J. u. a.: Regionale Wirkungen des Bundesfernstraßenbaus, Schriftenreihe „Raumordnung“ des BMBau, 06.024, Bonn 1978, S. 60 ff.; Freund, U. u. a.: Regionale Wirkungen der Wirtschaftsstrukturförderung, Schriftenreihe „Raumordnung“ des BMBau, 06.023, Bonn 1978, S. 80 ff.; Becker, Ch. u. a.: Raumwirksame Instrumente des Bundes im Bereich der Freizeit, Schriftenreihe „Raumordnung“ des BMBau 06.028, Bonn 1978, S. 57 ff.; Brösse, U.: Die regionalwirtschaftlichen Auswirkungen der Ausgaben der TH Aachen. In: Informationen zur Raumentwicklung Bonn (1977), H. 3/4, S. 283 ff.; Nuppmann, H.: Wirkungen der Zonenrandförderung, Veröffentlichungen des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg 1974, S. 257 ff.

en *Zimmermann/Stegmann* in ihrer Trierer Fallstudie die Analyse der regionalen Wirkungen öffentlicher Bauausgaben von vornherein – getrennt nach Hoch- und Tiefbau – auf einigen durch Expertenaussagen abgestützten Hypothesen zur regionalen Verteilung der Aufträge und Auftragssumme auf¹⁰.

Zur Bildung hypothetischer Werte sind verschiedene Alternativen einer regionalen Verteilung der öffentlichen Bauaufträge denkbar, etwa nach der Verteilung der Beschäftigten, des Umsatzes oder der Betriebe im Bauhauptgewerbe. Von der Überlegung ausgehend, daß die Zahl der Beschäftigten ein wesentlicher Faktor für die zur Verfügung stehenden Kapazitäten im regionalen Baugewerbe ist, die notwendig sind, um öffentliche Hochbauaufträge übernehmen zu können, teilen die Autoren die ermittelte Bauauftragssumme nach der Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe der Regionen im Vergleich zum Rest von Rheinland-Pfalz auf. Bezüglich der nicht in den untersuchten Regionen vergebenen Aufträge unterstellen sie, daß der überwiegende Teil von Unternehmen oder Unternehmensniederlassungen in anderen Räumen des Landes übernommen wird, was ihrer Meinung nach die tatsächlichen Verhältnisse vermutlich am ehesten trifft, wenn man annimmt, daß sich die öffentlichen Auftragsvergaben zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Rest der Bundesrepublik im großen und ganzen ausgleichen. Aufgrund der bisherigen Überlegungen wird für die Region Trier angenommen, daß im Untersuchungszeitraum zunächst ungefähr 15 v. H. der in der Zahlungsverteilung ermittelten Auftragssummen im Hochbau direkt an regionsinterne Unternehmen vergeben werden. Da aber die Abflußquote der Aufträge sehr wesentlich davon abhängt, ob es sich um kleinere oder größere Baumaßnahmen bzw. Losgrößen handelt, insofern die Vergabe kleinerer Losgrößen es auch kleineren in einer Region ansässigen Unternehmen ermöglicht, Aufträge zu übernehmen, während bei umfangreicheren Maßnahmen für die Auftragsübernahme meist nur Großunternehmen mit der notwendigen Kapitalausstattung und Leistungsvielfalt in Frage kommen, die in aller Regel ihren Standort nicht in wirtschaftlich schwächer entwickelten Regionen (wie der von Trier) haben, wären eigentlich die Bereiche mit kleineren Ausgabensummen (wie etwa Bauunterhaltung, kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten) von denjenigen mit den größeren Summen zu trennen unter der Annahme, daß von der ersteren Ausgabengruppe mehr an regionsinterne Unternehmen fließt. Mangels der dazu erforderlichen Informationen unterstellten *Zimmermann/Stegmann* alternativ, daß die genannten 15 v. H. an regionsinterner Auftragsvergabe eine Untergrenze darstellen. Dafür, daß der tatsächliche Betrag höher liegt, spricht auch ein weiterer wesentlicher Aspekt, der bei der Auftragsvergabe an regionsinterne Großunternehmen berücksichtigt werden muß. Großunternehmen vergeben nämlich in vielen Fällen vor allem aus Transport- und Kostengründen Subaufträge an Unternehmen in der Region, wovon insbesondere kleinere regionsansässige Bauunternehmen betroffen sind. Insgesamt

schätzen somit *Zimmermann/Stegmann*, daß in der Region Trier ungefähr ein Drittel der zugeflossenen Hochbaumittel über die Auftragsvergabe an regionsansässige Unternehmen fließt und dadurch zu Leistungserstellungswirkungen führt.

Unter Berücksichtigung der jeweiligen Größe der zugrunde liegenden Regionen und der Expertenaussage, daß in Förderregionen der dortige Tiefbausektor durch die großemäßige und zeitliche Gestaltung der Aufträge gefördert werden soll, wird abweichend von der regionalen Anteilsquote im Hochbau unter Rückgriff auf die der Region Trier ähnliche Region 27 (Westpfalz) bzw. der für diese von *Kurth* u. a. ermittelten regionalen Anteile angenommen, daß in der Region Trier 65 v. H. der Aufträge im Straßenbau an regionsansässige Unternehmen fallen. Dabei bleibt unberücksichtigt, daß auch hier Unterschiede bei der Vergabe von Aufträgen für Groß- und kleinere Projekte bestehen können.

Obwohl *Zimmermann/Stegmann* selbst eine Reihe von einschränkenden Anmerkungen zu der von ihnen zur Bildung hypothetischer Werte herangezogenen Alternative einer regionalen Verteilung der öffentlichen (Hoch-) Bauaufträge vorbringen, scheinen schon vom Ansatz des Verfahrens her Zweifel angebracht. Denn der Anteil der im Bauhauptgewerbe Beschäftigten kann zwar ein Anhaltspunkt dafür sein, welches Auftragsvolumen in einer Region durch regionsansässige Unternehmen abgewickelt werden könnte. Ohne Kenntnisse der Auftragsstruktur insgesamt (öffentliche und private Aufträge), des Auslastungsgrades der Unternehmen, des örtlichen Vergabeverhaltens (Vergabe nach VOB, freihändige Vergabe, Vergabe an Arbeitsgemeinschaften) etc. und anderen Einflußfaktoren, wie dem regionalen Angebot an Unternehmen, die bestimmte Aufträge ausführen können, der Entfernung zwischen Betriebsort und Baustelle etc., kann aber keine Aussage darüber getroffen werden, ob die öffentlichen Aufträge entsprechend diesem Anteilswert gebunden werden können.

Im folgenden sollen deshalb die Ergebnisse einer Untersuchung vorgestellt werden, in der, gestützt auf die Vergabestatistik der Landschaftsverbände für Straßenbaumaßnahmen (1978 – 3. Quartal 1979), die Auftragsbestandsstatistik im Bauhauptgewerbe (30. 6. 1979) und eine Auswertung der Auftragsvergabe bzw. der Haushaltsüberwachungslisten ausgewählter Städte im Oberbereich Dortmund (1975 – 1978) flächendeckend für Nordrhein-Westfalen die räumliche Verteilung der Auftragsvergaben bei Straßenbaumaßnahmen¹¹ bzw. für ausgewählte Städte im Oberbereich Dortmund die räumli-

10 Vgl. *Zimmermann, H.; Stegmann, H.*: Öffentliche Finanzströme und regionalpolitische Fördergebiete. Anwendung einer Methodik der Regionalisierung öffentlicher Finanzströme am Beispiel der Region Trier und einiger Vergleichsräume. – Bonn 1981, S. 126 ff.

11 Flächendeckend stehen nur die Vergabestatistik im Straßenbau nach Baustellen (i. d. R. auf Gemeindeebene) und die Auftragsbestandsstatistik im Bauhauptgewerbe (auf Kreisebene) zur Verfügung, wobei in der Vergabestatistik die Auftragsvergabe nach Baustellen und Betriebsort der Auftragnehmer für jeweils ein Jahr erfaßt sind und die Auftragsbestandsstatistik nur eine Momentaufnahme des zum Erhebungszeitpunkt vorhandenen Auftragsbestandes der Unternehmen nach Betriebsort und Lage der Baustelle wiedergibt. Erst wenn die erstmals zum 30. 6. 1979 nach Betriebsort und Investitionsort trennende Auftragsbestandsstatistik für einen längeren Zeitraum vorliegt, dürften sich zufällige Schwankungen in Auftragsbestand und -struktur ausgleichen. Neben diesen Unterschieden in der Datenbasis ist die Vergleichbarkeit der genannten Statistiken auch deshalb nur bedingt gegeben, weil mit der Vergabestatistik nur der Straßen- (und Brücken)bau und mit der Auftragsbestandsstatistik das Bauhauptgewerbe bzw. der Tiefbau insgesamt erfaßt werden.

che Verteilung der Auftragsvergaben für Bauinvestitionen ermittelt wurden. Dabei interessiert nicht nur die Beziehung zwischen der Entfernung vom Investitionsort zum Betriebsstandort der Auftragnehmer und die Beantwortung der Frage, welche regionalen Unterschiede in der Auftragsvergabe und der regionalen Auftragsbindung zwischen den unterschiedlichen landesplanerischen Kategorien bestehen. Neben Aufschlüssen darüber, ob und in welchem Umfang z. B. Aufträge im ländlichen Raum an dort ansässige Unternehmen vergeben werden und wie hoch die Abflußquoten in Verdichtungsgebieten sind, ist auch von Interesse, welche öffentlichen Aufträge per Saldo insgesamt in den Teilräumen vergeben werden und inwieweit durch regionale Auftragszuflüsse aus anderen Teilräumen Auftragsabflüsse in andere Teilräume ausgeglichen werden können.

3. Räumliche Verteilung der Auftragsvergaben bei Straßenbaumaßnahmen der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe

Mit der seit 1978 von den Landschaftsverbänden Nordrhein-Westfalens geführten Vergleichsstatistik für Straßen- und Brückenvorhaben, die von den bzw. in Auftragsverwaltung von den Landschaftsverbänden vergeben werden (Bundesautobahnen, Bundes- und Landstraßen, soweit sie nicht von den kreisfreien Städten selbst in Auftragsverwaltung durchgeführt werden), läßt sich i. d. R. die Auftragsvergabe nach Auftragssumme, Baustellengemeinde und Betriebsort des Auftragnehmers aufschlüsseln¹². Allerdings können jeweils nur das Ergebnis der Auftragsvergabe, nicht aber die verschiedenen o. g. Einflußfaktoren bei der Vergabe öffentlicher Aufträge erfaßt und dargestellt werden. So muß der angegebene Standort des Unternehmens nicht unbedingt mit dem Betriebssitz des den Auftrag ausführenden Unternehmens (z. B. bei Arbeitsgemeinschaften) bzw. Betriebes (z. B. der Niederlassung eines Unternehmens) übereinstimmen. Ebenfalls kann aus den Daten nicht entnommen werden, ob die Aufträge an Subunternehmer vergeben wurden. Gerade bei größeren Bauvorhaben dürfte der Fall von Arbeitsgemeinschaften bzw. Beauftragung von Subunternehmern relativ häufig vorkommen. Die Ex-post-Ergebnisse sind deshalb für den jeweiligen Teilraum ggf. nach den dort maßgebenden Faktoren der Auftragsvergabe zu interpretieren. Von den insgesamt in den Jahren 1978 und 1979 (1. bis 3. Quartal) vergebenen Aufträgen (vgl. Tabelle 4) wurden, wie ihre Zusammen-

fassung in den einzelnen Arbeitsmarktregionen nach der jeweiligen Entfernung zwischen Betriebssitz des Auftragnehmers und der Baustellengemeinde zeigt, wobei der Bezug zur zeitlichen Entfernung zwischen Betriebsort und Baustellengemeinde dadurch gewonnen wurde, daß ein Radius von 30 km bzw. 60 km um das Zentrum der Arbeitsmarktregionen das Gebiet abgrenzt, in dem innerhalb von 30 bzw. 60 Minuten eine Baustelle erreicht werden kann¹³, in den meisten Fällen der überwiegende Teil des Auftragsvolumens an Unternehmen vergeben, deren Betriebssitz nicht weiter als 60 km (Luftlinie) von der jeweiligen Baustellengemeinde entfernt liegt (vgl. Tabelle 5). In über 65 v. H. der Arbeitsmarktregionen wurden 80 v. H. und mehr des Auftragsvolumens an Unternehmen mit Betriebssitz innerhalb eines 60 km-Radius vergeben. Inwieweit die fehlende regionale Ausstattung mit leistungsfähigen Unternehmen als Grund für die Vergabe an weiter entfernt befindliche Unternehmen stichhaltig ist, konnte aufgrund fehlender Informationen nicht überprüft werden. Gegen eine solche Vermutung spricht jedoch, daß zu den Arbeitsmarktregionen mit relativ hohen Auftragsvergaben an Unternehmen mit Sitz außerhalb des 60 km-Radius sowohl Regionen aus dem Ballungskern bzw. solitären Verdichtungsgebieten (Mönchengladbach, Siegen, Paderborn) wie auch der ländlichen Zone (Arnsberg, Detmold, Coesfeld, Euskirchen) zählen (vgl. Karte 1).

Festzuhalten bleibt, daß das Kriterium der Entfernung zwischen Betriebssitz des Auftragnehmers und Baustelle in den überwiegenden Fällen durchschlägt. Der größte Teil der Aufträge wird an regional ansässige Unternehmen vergeben, die innerhalb einer Zeitspanne von einer Stunde Fahrtzeit (60 km-Radius) die Baustelle erreichen können. Der relativ geringe Unterschied zwischen der Ausgabenverteilung (Verteilung der Ausgaben nach dem Investitionsort) und der Zahlungsverteilung (Verteilung der Ausgaben nach dem Betriebssitz des Zahlungsempfängers/Auftragnehmers) dürfte eine hohe Übereinstimmung der Ausgabenverteilung mit der korrigierten Zahlungsverteilung mit sich bringen. Dies wiederum bedeutet, daß zumindest in der ersten Wirkungsrunde der Leistungserstellung Einkommens- und Beschäftigungseffekte überwiegend innerhalb der näheren Umgebung des Investitionsorts anfallen dürften.

12 Von diesem Regelfall gibt es z. T. erhebliche Abweichungen, die nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein dürften, daß sich die Vergabestatistik noch im Aufbau befindet und laufend verbessert wird. So waren verschiedene Maßnahmen (z. B. Markierungsarbeiten) nur auf Kreisebene bzw. für das jeweilige Straßenbauamt insgesamt verfügbar, teils war das Datenmaterial fehlerhaft (z. B. falsche Postleitzahl für den Betriebssitz des Unternehmens, falsche Zuordnung der Baustellen zu Gemeinden etc.). Diese Mängel machten eine Vielzahl von Korrekturen und Ergänzungen am Datenmaterial erforderlich. Z. T. mußte die Verteilung der Aufträge auf Baustellen m. H. von plausiblen Hypothesen vorgenommen werden (z. B. teilweise Zuordnung der Auftragssumme auf den jeweiligen Standort des Straßenbauamtes) so daß die Interpretation erst auf einer höheren räumlichen Aggregationsebene sinnvoll erschien.

13 Sofern eine Gemeinde von dem Radius nur teilweise angeschnitten wird, wird sie der jeweiligen Entfernungsstufe zugerechnet. Eine baustellenbezogene Auswertung der Auftragsvergaben nach Entfernung zwischen Betriebsort und Baustelle wäre nur mit einem unvertretbar hohen Aufwand vorzunehmen gewesen. Eine getrennte Auswertung nach Baustellengemeinden für ausgewählte Arbeitsmarktregionen zeigte, daß die so ermittelten Werte nur geringfügig von denen abweichen, die zusammengefaßt auf Regionsebene errechnet wurden. Man kann i. d. R. davon ausgehen, daß die für die Baustellen ermittelten Anteilswerte insgesamt um bis zu 10 v. H. über denen liegen, die für die Arbeitsmarktregionen insgesamt errechnet wurden. Die letzteren sind somit als jeweilige untere Grenze anzusehen.

14 Was die Arbeitsmarktregionen mit überwiegender Auftragsvergabe an Unternehmen mit Betriebssitz außerhalb des 60 km-Radius um die Baustelle anlangt, handelt es sich im wesentlichen um Einzelaufträge (z. B. Brückenbauten), die an ein Spezialunternehmen vergeben wurden bzw. um die Vergabe an ein bestimmtes Unternehmen, das neben dem Unternehmenssitz über mehrere Betriebsstandorte verfügt, die Aufträge aber entgegen dem üblichen Verfahren an den Sitz des Unternehmens erteilt wurden.

Karte 2: Auftragsbestand nach Lage der Baustellen in den kreisfreien Städten und Landkreisen Ende Juli 1979, Tiefbau

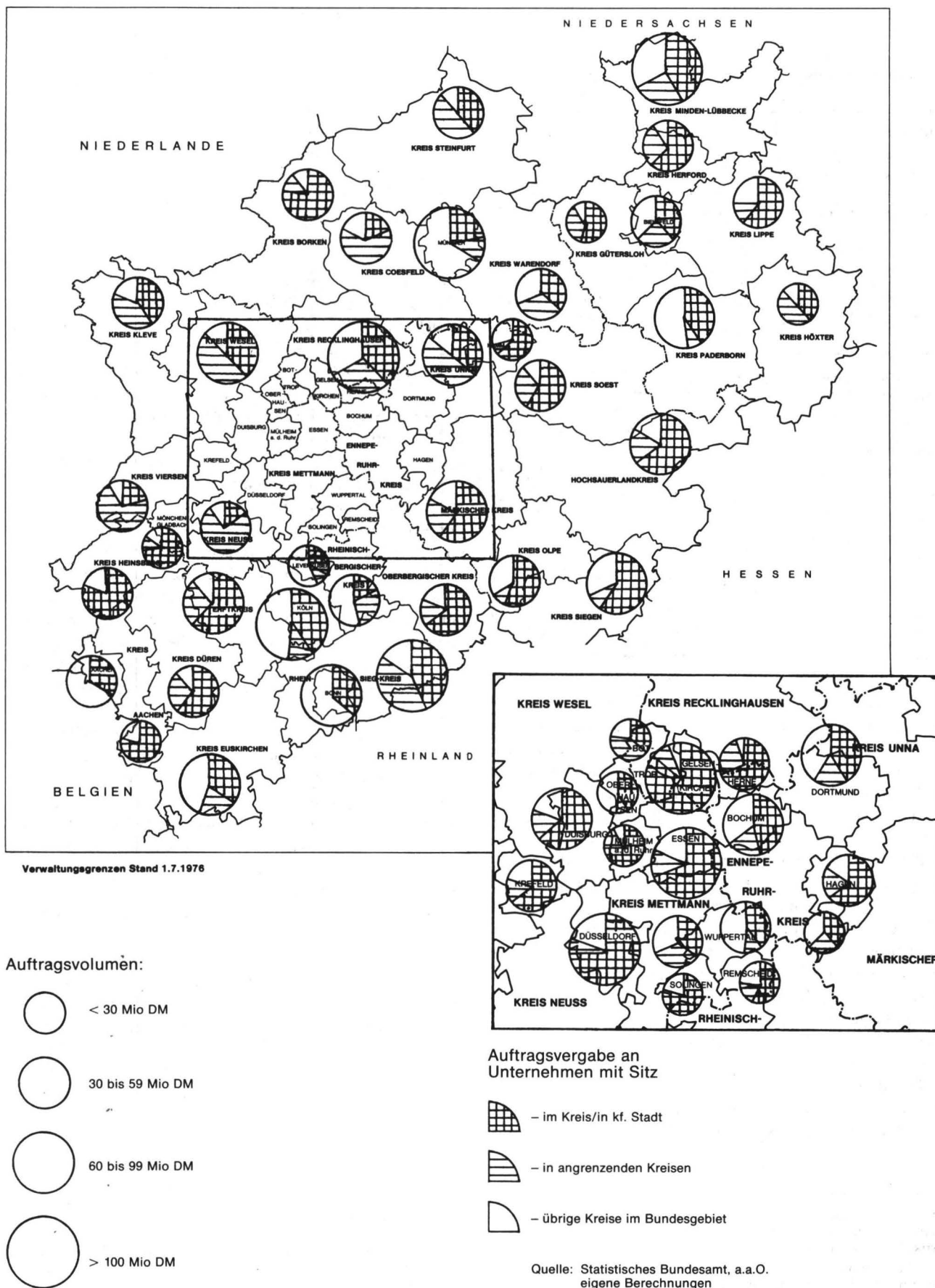


Tabelle 4:

Auftragsvergaben 1978/79 beim Straßen- und Brückenbau der Landschaftsverbände

Landschaftsverband	Auftragsvergaben insgesamt		davon außerhalb NW vergeben	
	TDM	%	TDM	%
Rheinland	1.214.487	50,4	240.652	19,8
Westfalen-Lippe	1.194.202	49,6	193.155	16,1
NW insgesamt	2.408.689	100,0	433.807	18,0

Quelle: Vergabestatistik, eigene Berechnungen

Tabelle 5:

Auftragsvergabe der Landschaftsverbände nach Arbeitsmarktregionen und einer Entfernung von unter 60 km zwischen Baustelle und Betriebssitz des Auftragnehmers

Anteil der innerhalb von 60 km vergebenen Aufträge am gesamten Auftragsvolumen	Zahl der Arbeitsmarktregionen	
	absolut	Anteil
unter 40 %	3	6,5
40 % bis unter 50 %	4	8,7
60 % ¹ bis unter 80 %	9	19,6
80 % bis unter 90 %	13	28,2
90 % bis unter 95 %	9	19,6
über 95 %	8	17,4
	46	100,0

¹ Auf die Gruppe zwischen 50 % und unter 60 % entfallen keine Arbeitsmarktregionen

Quelle: Daten der Landschaftsverbände, eigene Berechnungen

Zu tendenziell ähnlichen Ergebnissen kommt eine neuere Untersuchung des Statistischen Bundesamtes über den Auftragsbestand der Betriebe im Bauhauptgewerbe¹⁵, die das Auftragsvolumen zu einem bestimmten Stichtag nach Baustellen und Auftragnehmern auf Kreisebene regionalisiert und den Umfang der Auftragsbeteiligung der Betriebe innerhalb der Kreise/kreisfreien Städte bzw. angrenzenden Kreise dem jeweiligen Auftragsort der Baustellen (= regionale Auftragsbindung) ermittelt. Mit wenigen Ausnahmen (u. a. Münster, Kreis Paderborn, Bonn, Aachen)¹⁶ wurde wiederum der größte Teil der erteilten Aufträge an Unternehmen vergeben, deren Betriebsort in der näheren Umgebung der Baustelle, also im jeweiligen Kreis und in angrenzenden Kreisen/kreisfreien Städten liegt (vgl. Karte 2).

Eine Gegenüberstellung der Aufträge, die insgesamt an Unternehmen einer Region vergeben wurden, und derjenigen, die in diesem Teilraum insgesamt vergeben wurden, zeigt, welche Regionen mehr bzw. weniger an öffentlichen Aufträgen partizipiert haben, als dort anfielen. Danach wurden in den Arbeitsmarktregionen im östlichen Teil Nordrhein-

Westfalens (Regierungsbezirk Detmold) mehr Aufträge an Unternehmen außerhalb der jeweiligen Arbeitsmarktregionen vergeben als Aufträge an dort ansässige Unternehmen geflossen sind (vgl. Karte 3). Das gleiche gilt mit Ausnahme von Dortmund für das östliche Ruhrgebiet, das Bergische Land, Teile des Sauerlandes sowie die westlichen Grenzregionen Mönchengladbach, Krefeld und Kleve/Emmerich. Eine überdurchschnittlich positive Relation zwischen erhaltenen und vergebenen Aufträgen weisen dagegen das westliche Ruhrgebiet, die Arbeitsmarktregionen Düsseldorf, Köln, Düren sowie Rheine, Münster, Hamm und Soest auf, wo z. T. mehr als doppelt soviel Aufträge an dort ansässige Unternehmen flossen, als in diesen Regionen vergeben wurden. Auffallend ist, daß Arbeitsmarktregionen mit über- bzw. unterdurchschnittlicher Relation sowohl den Verdichtungsgebieten als auch den ländlichen Zonen zuzuordnen sind. Es kann somit aus den Ergebnissen, bezogen auf die räumliche Ebene der Arbeitsmarktregionen, nicht gefolgert werden, daß in Verdichtungsgebieten gegenüber ländlichen Zonen in jedem Fall mehr Aufträge gebunden als dort vergeben wurden.

Eine Aggregation der vergebenen und erhaltenen Auftragssummen nach landesplanerischen Zonen verschiebt allerdings die Relationen stark zugunsten der Ballungskerne und solitären Verdichtungsgebiete. Ländliche Zonen und Ballungsrandzonen erhielten danach per Saldo nur die Hälfte der Aufträge, die in diesen Zonen vergeben wurden (vgl. Tabelle 6)¹⁷.

Die in den ländlichen Zonen insgesamt vergebenen Aufträge sind zu 45,5 v. H. an Unternehmen mit Sitz in dieser Zone geflossen (vgl. Tabelle 7). 31,7 v. H. des Auftragsvolumens wurde an Unternehmen aus den Verdichtungsgebieten (Ballungskern, -rand, Solitäre Verdichtungsgebiete) vergeben. Die in den Ballungskernen bzw. der -randzone vergebenen Aufträge blieben zu 77,9 v. H. bzw. 83,9 v. H. in den Verdichtungsgebieten. Bei den Solitären Verdichtungsgebieten ist dieser Anteil geringer, da hier sehr viele Aufträge außerhalb Nordrhein-Westfalen geflossen sind. Trotzdem blieben noch 51,3 v. H. des Auftragsvolumens in den Verdichtungsgebieten.

15 Vgl. *Statistisches Bundesamt*: Der regionale Wirkungsbereich der Betriebe im Bauhauptgewerbe. Auswertung der Auftragsbestandsstatistik, Ende Juni 1979; Arbeitsunterlage 1980.

16 Aus Gründen der Geheimhaltung sind hier nur die Aufträge an Unternehmer innerhalb der jeweiligen Stadt angegeben.

17 Einschränkung ist allerdings anzumerken, daß von den in Nordrhein-Westfalen von den Landschaftsverbänden insgesamt im Straßen- und Brückenbau vergebenen Aufträgen nur um 80 v. H. an Unternehmen mit Betriebssitz in diesem Land geflossen sind. Die übrigen 20 v. H. verteilen sich auf Unternehmen mit Sitz in den übrigen Bundesländern. Hier ist keine Zuordnung zu bestimmten Zonen möglich. Insgesamt dürften sich die Relationen aber nicht wesentlich verschieben.

Karte 3: Verhältnis zwischen erhaltenen und vergebenen Aufträgen im Straßenbau 1978/79 nach Arbeitsmarktregionen

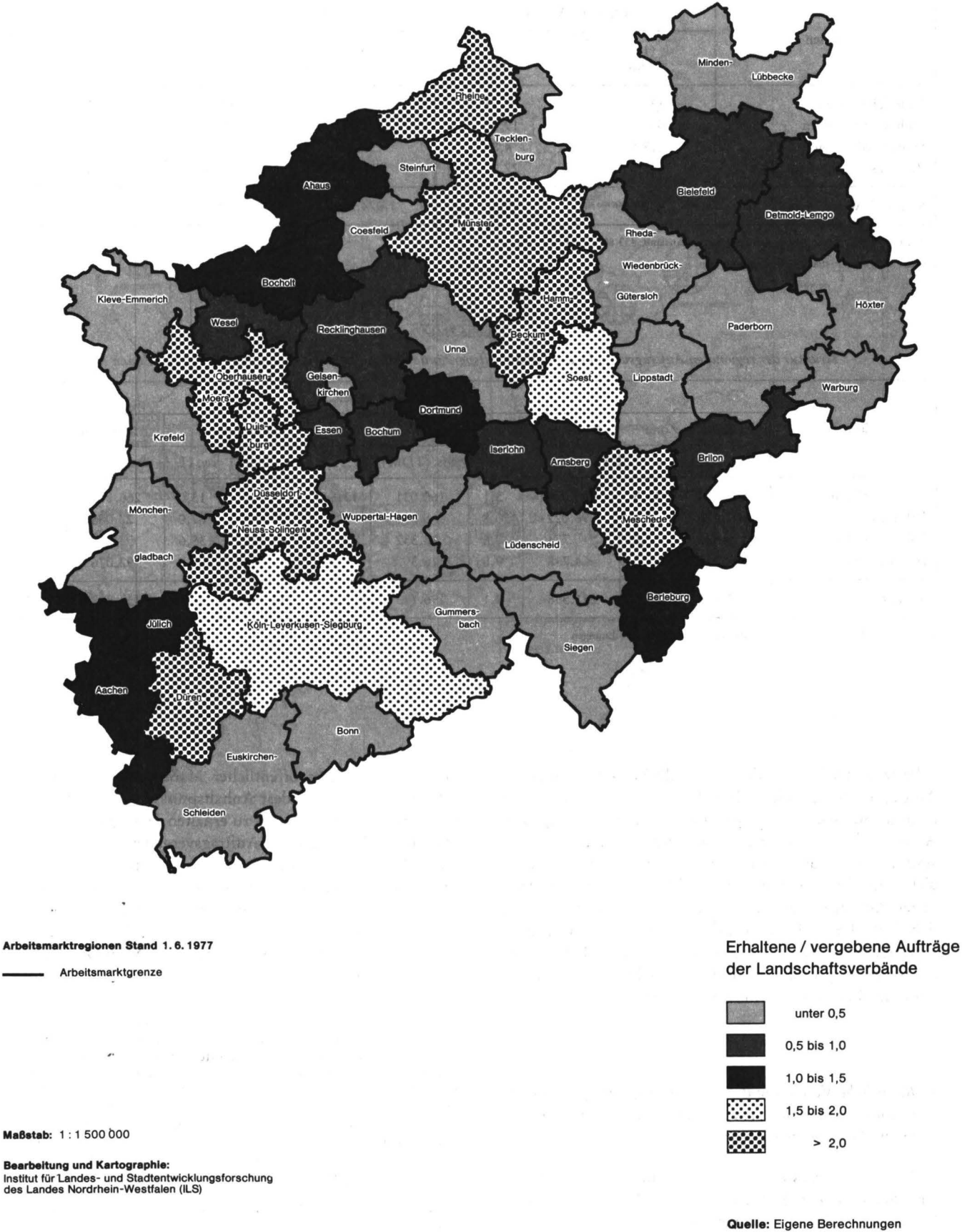


Tabelle 6:

Vergebene und erhaltene Aufträge im Straßenbau der Landschaftsverbände 1978/79 nach landesplanerischen Zonen¹

Zonen	Vergebene Aufträge		Erhaltene Aufträge		Relation
	(1) TDM	(2) v. H.	(3)	(4) v. H.	(3):(1)
Ländliche Zonen	1.173.777	48,73	641.726	32,49	0,5
Ballungsrandzonen	461.536	19,16	221.538	11,21	0,5
Solit. Verd. Gebiete	117.844	4,89	196.123	9,93	1,7
Ballungskerne	655.532	27,21	715.495	46,35	1,4
Summe NW	2.408.689	100,0	1.974.882	100,0	0,8

¹ Auftragsvergaben in andere Bundesländer bzw. Ausland: 433.807 TDM
Quelle: Vergabestatistik, eigene Berechnungen

Tabelle 7:

Struktur der regionalen Auftragsvergabe der Landschaftsverbände im Straßenbau nach landesplanerischen Zonen

Zonen	Auftragsvergaben									
	Ländliche Zone		Ballungsrandzone		Solit. Verd. Gebiete		Ballungskern		außerhalb NW	
	abs. (TDM)	v. H.	abs. (TDM)	v. H.	abs. (TDM)	v. H.	abs. (TDM)	v. H.	abs. (TDM)	v. H.
Ländliche Zone	534.417	45,5	60.024	5,1	160.031	13,6	153.187	13,0	266.118	22,6
Ballungsrand	51.476	11,1	96.022	20,8	5.341	1,1	286.609	62,0	22.088	4,7
Solit. Verd. Gebiete	3.593	3,0	774	0,6	14.352	12,1	45.600	38,6	53.525	45,4
Ballungskern	52.240	7,9	64.718	9,8	16.399	2,5	430.099	65,6	92.076	14,0
Summen	641.726	26,6	221.538	9,1	196.123	8,1	915.495	38,0	433.807	18,0

Quelle: Vergabestatistik der Landschaftsverbände, eigene Berechnungen

Festzuhalten ist, daß die in der ländlichen Zone vergebenen Aufträgen, die fast die Hälfte (48,7 v. H.) des Auftragsvolumens im Straßenbau insgesamt ausmachen, nur zum geringen Anteil in dieser Zone gebunden werden konnten. Dagegen sind in den Ballungskernen, -randzonen und Solitären Verdichtungsgebieten der größte Teil (77,7 v. H.) der dort vergebenen Aufträge in diesen Zonen gebunden worden. Zusätzlich sind 54,5 v. H. der in der ländlichen Zone vergebenen Aufträge in die Verdichtungsgebiete geflossen. Die Verdichtungsgebiete „profitieren“ somit sehr viel mehr von den Aufträgen im Straßenbau als die ländlichen Zonen.

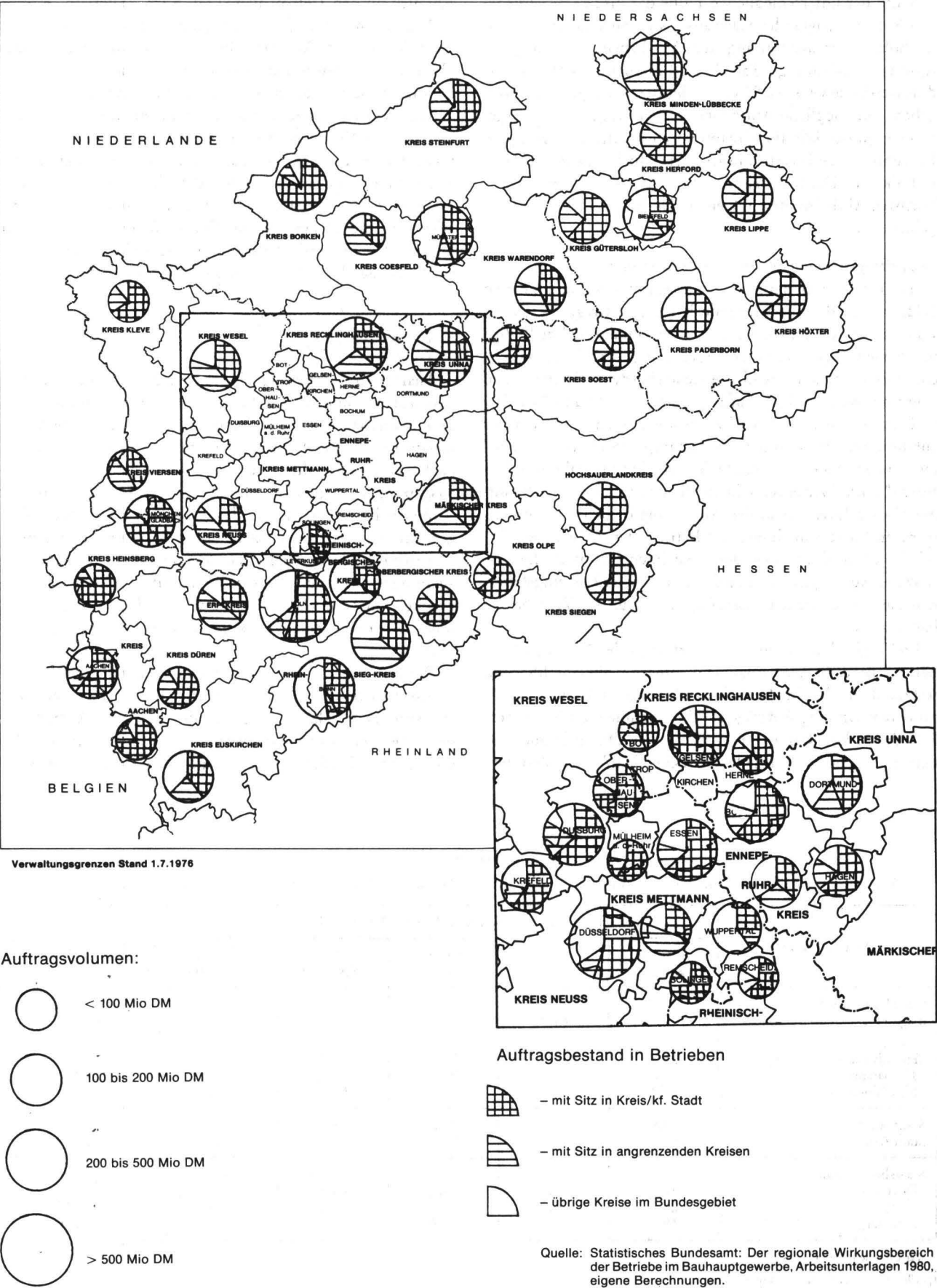
4. Räumliche Verteilung der Auftragsvergaben für Bauinvestitionen in ausgewählten Staatshochbauämtern und Städten im Oberbereich Dortmund

Die bisher dargestellten Ergebnisse beschränken sich ausschließlich auf den Straßen- (und Brücken)bau der beiden Landschaftsverbände. Vergleichbare Daten über die Auf-

tragsvergabe anderer öffentlicher Maßnahmenträger liegen nicht vor¹⁸. Um zumindest Anhaltspunkte für die Vergabestruktur dieser Institutionen zu erhalten, wurden deshalb im Oberbereich Dortmund die Auftragsvergaben für Bauinvestitionen der Städte Dortmund, Soest und Arnsberg sowie die entsprechenden Staatshochbauämter¹⁹ für die Jahre 1975 bis 1977/78 für ein Investitionsvolumen von insgesamt rd. 514 Mio. DM, davon allein 314 Mio. DM für Hoch- und Tiefbaumaßnahmen einschließlich Haustechnik der Stadt Dortmund, erhoben und analysiert.

18 Grundsätzlich werden Vergabestatistiken für alle öffentlichen Investitionen geführt, die mit Landesmitteln finanziert werden. Diese werden jedoch, wie die Erfahrung zeigt, für den interessierenden Fragenkomplex nur unzureichend und unvollständig ausgefüllt, so daß die Daten nicht zu verwerten sind.
19 Die Abgrenzung der Amtsbezirke stimmt bei den Staatshochbauämtern nicht voll mit denen des Oberbereichs Dortmund überein. Darüber hinaus konnten bei den Staatshochbauämtern die Auftragsvergaben nicht für jede Maßnahme (Baustelle) getrennt, sondern nur für den Amtsbezirk insgesamt erfaßt werden. Es wurde deshalb der jeweilige Amtsbezirk der Auswertung zugrunde gelegt, von dem aus die Vergabe erfolgte.

Karte 4: Auftragsbestand nach Lage der Baustelle in den kreisfreien Städten und Landkreisen Ende Juli 1979, Hoch- und Tiefbau



a) *Auftragsvergabe der Städte*

Trotz der unterschiedlichen Höhe der insgesamt vergebenen Aufträge zeigt sich bei den ausgewählten Städten eine relativ hohe Übereinstimmung der räumlichen Verteilung der Auftragsvergaben (vgl. Tabelle 8). Innerhalb des 60 km-Radius werden jeweils fast 90 v. H. aller Investitionsaufträge vergeben. Die mögliche Aufteilung der Aufträge auf die vergebenen Ämter läßt für Dortmund eine Differenzierung der Ergebnisse nach Investitionsgruppen (Hoch-, Tiefbau, Haustechnik) zu. Danach weist der Bereich Hochbau die relativ höchsten Abflußquoten in Gemeinden außerhalb des Landesgebietes auf.

b) *Auftragsvergabe der Staatshochbauämter*

Auch im Bereich der Staatshochbauämter der untersuchten Städte wurde der überwiegende Teil der Aufträge (ca. 80–85 v. H.) an Unternehmen mit Sitz innerhalb des 60 km-Radius um den jeweiligen Amtssitz vergeben (vgl. Tabelle 8). Verglichen mit den entsprechenden Anteilen bei den Städten wurden allerdings weit weniger Aufträge (zwischen 20 und 30 v. H.) an Unternehmen am Amtssitz selbst vergeben, was nicht nur auf die überörtliche Aufgabenerfüllung der Staatshochbauämter, sondern auch auf deren fehlenden „kommunalpolitischen Bezug“ zurückzuführen sein dürfte. Aber auch wenn kein unmittelbares Interesse an der Auslastung örtlicher Unternehmen, an Steuereinnahmen aus Betriebssteuern etc. besteht, scheint dennoch auch bei den Staatshochbauämtern die Präsenz der Auftragnehmer und damit neben der Leistungsfähigkeit die Erreichbarkeit ausschlaggebend für das Vergabeverhalten zu sein.

Im Vergleich zur räumlichen Verteilung der Auftragsvergaben im Bereich Straßenbaumaßnahmen bleibt abschließend festzuhalten, daß im Bereich der Hochbauaufträge in noch größerem Umfang Aufträge an Unternehmen mit Sitz innerhalb des 60 km-Radius vergeben wurden. Dies geht auch aus einem Vergleich der Anteile der regionalen Auftragsbindung

für den Hoch- und Tiefbau zusammen (vgl. Karte 4) mit den Anteilen für den Tiefbau allein (vgl. Karte 2) hervor.

Abgesehen davon, daß im Vergabeverhalten der untersuchten Städte eine stärkere örtliche Auftragsbindung als bei den überörtlich tätigen Ämtern zu erkennen ist, unterscheidet sich die räumliche Vergabestruktur der Städte und Ämter im Ergebnis nicht wesentlich von der der Straßenbauämter. Zumindest bis zum Vorliegen flächendeckender, mehrere Jahre umfassender Untersuchungen kann somit von der begründeten Vermutung ausgegangen werden, daß die regionalen Vergabequoten im Bereich der Straßenbaumaßnahmen als unterer Wert für die übrigen Baumaßnahmen angesehen werden können. Die regionale Auftragsbindung im Straßenbau dürfte i. d. R. bei den Hochbaumaßnahmen überschritten werden.

5. *Nachbemerkung*

Analog zur Notwendigkeit der Zerlegung bestimmter Einnahmearten sind im Rahmen von Untersuchungen der „Raumwirksamkeit“ öffentlicher Mittel auch einzelne Ausgabenströme (Personal-, Sach-, Investitionsausgaben sowie z. T. auch Subventionszahlungen) nicht nur nach dem Ort der Veranlassung (Belegenheitsprinzip), sondern auch nach dem Wohnort bzw. Betriebssitz der jeweiligen Zahlungsempfänger zu regionalisieren. Derartige Korrekturen der Ausgabenströme sind eine wesentliche Voraussetzung für die Untersuchung von (Folge-) Wirkungen der öffentlichen Ausgabentätigkeit, insbesondere der sich aus der Leistungserstellung unmittelbar ergebenden Einkommens- und Beschäftigungseffekte.

Die hier im Vordergrund stehende Darstellung von Zahlungsströmen im Bereich öffentlicher Bauaufträge nach dem Investitionsort (Baustellengemeinde) und dem Betriebssitz der jeweiligen Auftragnehmer gibt weitere Aufschlüsse über die regionale Bindung von Aufträgen an regionsansässige Un-

Tabelle 8:

Verteilung der Auftragsvergaben für Investitionen 1975 bis 1977/78 bei ausgewählten Ämtern/Behörden im Oberbereich Dortmund

Amt/Behörde	Auftragsvergaben nach dem Standort des Auftragnehmers in v. H.					Auftragssumme in TDM
	Sitz des Amtes	30 km Radius	60 km Radius	Nordrhein-Westfalen	Übriges Bundesgebiet	
Stadt Dortmund ¹ insgesamt	72,7	84,7	89,6	91,6	8,4	314.271
darunter:						
Hochbauamt	55,5	70,3	77,6	81,7	17,9	104.535
Tiefbauamt	79,6	92,4	95,7	96,0	4,0	154.673
Maschinenamt	85,4	89,5	94,2	97,6	2,4	55.064
Stadt Soest ¹	59,6	72,5	89,5	96,8	3,2	59.715
Stadt Arnsberg	61,9	84,3	89,4	96,3	3,7	39.449
Staatshochbauamt Dortmund	30,2	75,3	85,8	88,9	11,1	56.466
Soest	21,5	65,7	78,5	92,4	7,6	31.613
Arnsberg	19,3	72,1	83,4	90,2	9,7	12.546

¹ Werte für die Jahre 1975–78

Quelle: Eigene Erhebungen und Berechnungen

ternehmen und über regionale Abflußquoten. Erkenntnisse dieser Art zeigen nicht nur, welche Teilräume von bestimmten Ausgaben – auf der Stufe der Leistungserstellung – besonders „begünstigt“ wurden und welche nicht, und sind damit Grundlage für die weitere Wirkungsforschung.

Aus der Analyse der Art und Höhe der Auftragsvergabe für Bauinvestitionen kann sich auch die Frage stellen, ob vermeintliche Vorteile von Generalunternehmen wie terminierte Planung und Realisierung, Generalleitung, Kostenminimie-

rung etc., nicht durch andere Vergabeformen, die den gebietsweise umfangreichen Abfluß der Mittel einschränken und eine effektivere Regionalförderung herbeiführen, ersetzt werden müssen. Kenntnisse darüber, welche Aufträge in den Teilräumen gebunden werden können und in welchem Umfang andere Räume an diesen Aufträgen partizipieren, benötigt z. B. aber auch eine regionalisierte Konjunkturpolitik, will sie nicht die eigentlich angestrebte Stabilisierung von Teilräumen verfehlen.